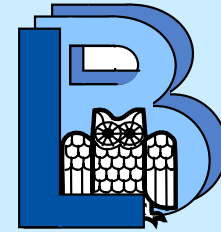


Prof. Dr. Hartmut Bieg
Universität des Saarlandes
Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre,
insbesondere Bankbetriebslehre



Die Finanzmarktkrise

Ursachen, Verlauf, Erkenntnisse
und Lösungsversuche

WissenschaftsForumSaar
25.11.2008





„Giganten“

„Denn sie wissen nicht, was sie tun“

„Jenseits von Eden“

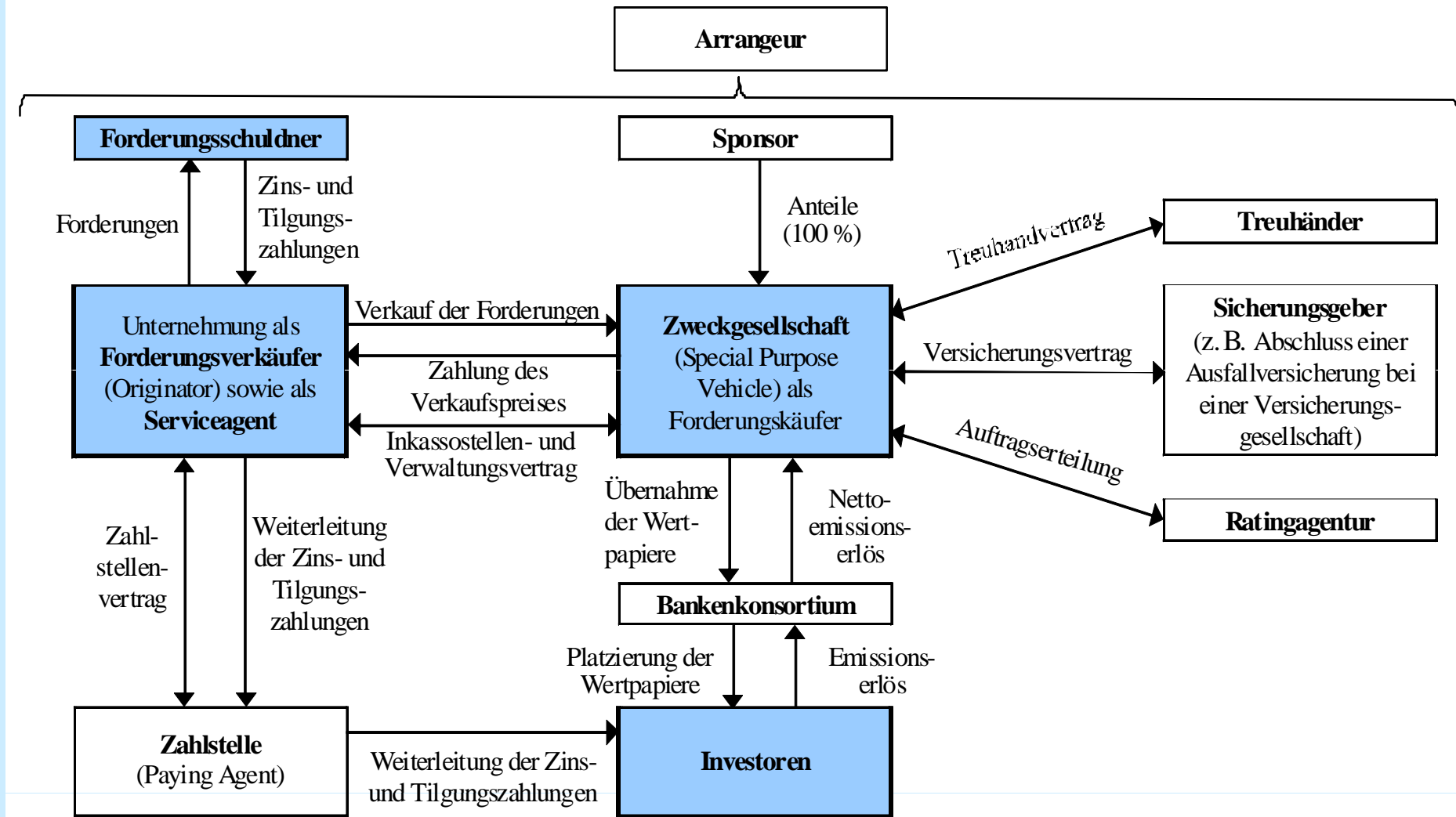
Ursachen der Finanzmarktkrise

- Politisches Ziel:
Förderung des privaten Wohneigentums
- Dauerhaft niedriges Zinsniveau
- Immobilienerwerb durch Ninja's
(„no income, no job, no assets“)
- Ständig ansteigende Immobilienpreise

- Problemlose Kreditbeschaffung, auch ohne Eigenkapital
- In den ersten zwei Jahren keine Zahlungen für Kredittilgung und Kreditzinsen
- Kreditsumme bis zu 120 % des Kaufpreises
- Haftung nur mit der erworbenen Immobilie
- Aber: Nur kurzfristige Zinsfestschreibung
→ Zinssteigerungsrisiko

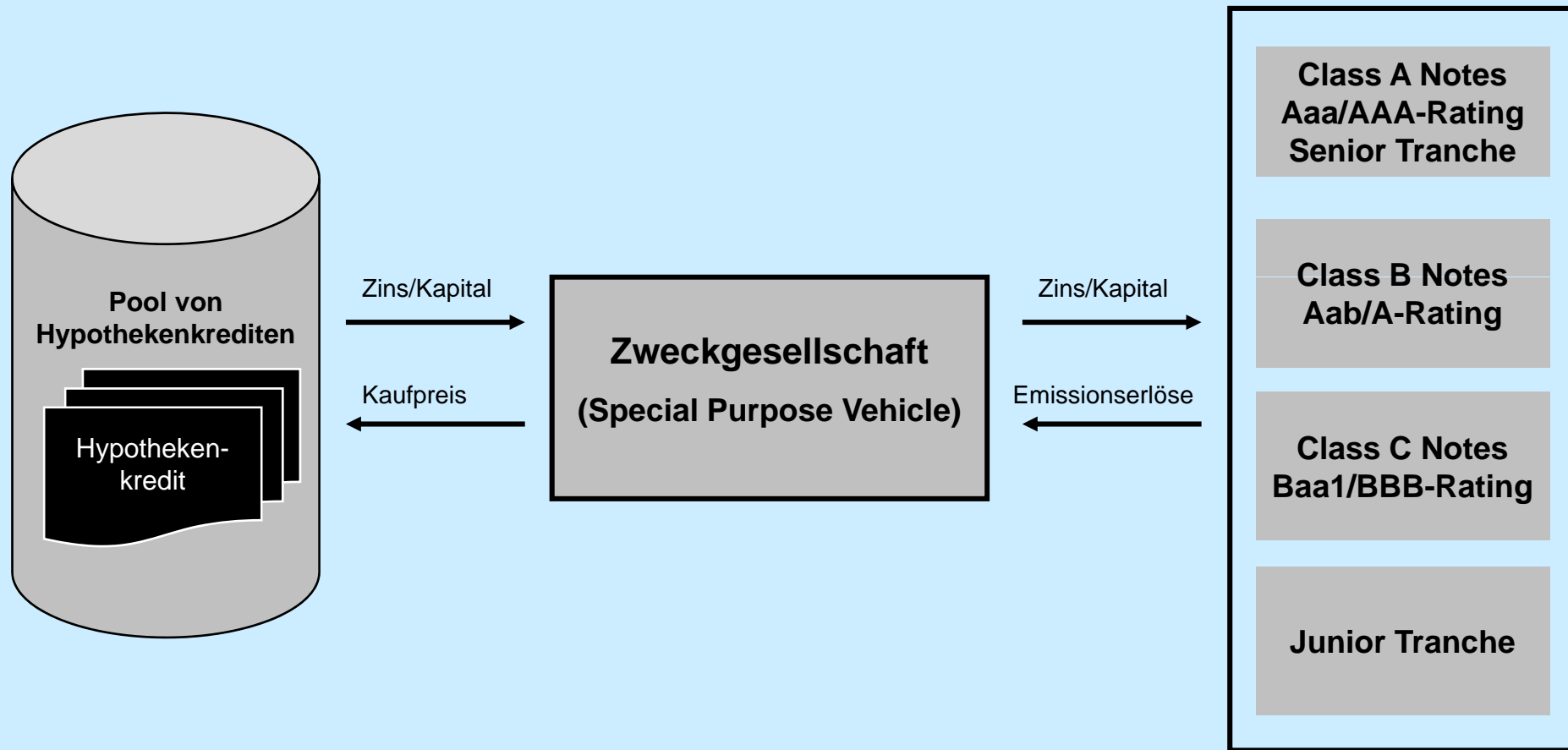
Die Banken beabsichtigten von Anfang an, sich von ihren Kreditausfallrisiken aus dem Immobiliengeschäft zu trennen, und zwar durch Verkauf der Kreditforderungen

- an die Hypothekenbanken Fannie Mae und Freddie Mac, sowie an
- eigens zu diesem Zweck gegründete Zweckgesellschaften durch eine Asset Backed Securities-Transaktion (ABS).



Die Grundstruktur einer ABS-Transaktion





- Grundsatz der fristenkongruenten Finanzierung („Goldene Bankregel“)
- Bei normaler Zinsstruktur (langfristige Zinsen sind höher als kurzfristige Zinsen) erhöht Fristentransformation den Gewinn.
- Bei sinkenden Zinsmargen (Differenz zwischen höheren Kredit- und niedrigeren Einlagezinsen) steigt die Bedeutung der Fristentransformation.
- Probleme:
 - Zinsanstieg verteuert die Anschlussfinanzierung
 - Anschlussfinanzierung gelingt nicht!

- Auch Zweckgesellschaften erwerben von Zweckgesellschaften ausgegebene Asset Backed Commercial Papers.
- Auch sie finanzieren sich über ABS-Transaktionen.
- Damit ist der Inhalt der Portfolien von Zweckgesellschaften unbekannt.
- Der Verkauf von Krediten beseitigt das Kreditrisiko („Ausfallrisiko“) nicht.

- Zahlungsstörungen bei den Immobilienkrediten werden bekannt.
- Den betroffenen Zweckgesellschaften und danach allen Zweckgesellschaften gelingt die Anschlussfinanzierung nicht mehr.
- Dem gesamten Finanzmarkt fehlt die Liquidität.
- Aus der Verlustkrise wird die Liquiditätskrise.
- Die Krise wird durch die „Informationspolitik“ der Banken und Zweckgesellschaften verstärkt.

- Aber: Die privaten Geldanleger zogen ihre Gelder nicht in nennenswertem Umfang ab.
- Mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers verschärfte sich die Situation entscheidend.
- Der drohende Bankenrun konnte nur noch durch Einschreiten der „letzten Retter“, der Staaten, verhindert werden.

Absicherung privater Bankeinlagen in Deutschland

- Gesetzliche Einlagensicherung: 20.000 EUR (Schirm I)
- Einlagensicherungsfonds der drei Bankenbereiche (Schirm II)
 - Genossenschaftlicher Bereich und Sparkassenbereich
 - Institutssicherung
 - Privates Bankgewerbe
 - Keine Institutssicherung
 - Absicherung jedes privaten Geldeinlegers bis zur Höhe von 30% des haftenden Eigenkapitals der zusammengebrochenen Bank
- Vom Bund garantierte Sicherheit **aller** Bankeinlagen (Schirm III)

Staatshilfen für die deutschen Banken

- Hilfe für Banken mit Geldbeschaffungsproblemen
 - Staatsgarantien zugunsten der Geldgeber dieser Banken
 - Maximale Gesamthöhe : 400 Mrd. EUR
 - (zunächst) keine Geldzahlungen

- Hilfe für Banken mit erheblichen Verlusten (und damit Eigenkapitalproblemen)
 - Alle Risikopositionen sind mit Eigenmitteln gemäß § 10 KWG zu unterlegen.
 - Dabei spielt das bilanzielle Eigenkapital die entscheidende Rolle.
- Verminderung des bilanziellen Eigenkapitals durch Verluste
 - Einschränkung der Geschäftstätigkeit der Bank
 - Zuführung neuen Eigenkapitals durch den Staat
 - Maximale Gesamthöhe: 80 Mrd. EUR
 - Geldzahlungen erforderlich
 - Zwei notwendige Voraussetzungen
 - Staat muss Mitwirkungsrechte erhalten.
 - Rückzug des Staates nach gelungener Rettung.

Bei den Hilfsmaßnahmen geht es nicht um

- Bankmanager und/oder
- einzelne Banken,

sondern um die Rettung des gesamten Bankensystems.

Zusammenhang zwischen Eigenkapital und Geschäftsumfang einer Bank

- Das KWG fordert Eigenmittel, die den übernommenen Verlustrisiken angemessen sind.
- Verlustrisiken
 - Ausfallrisiken
 - Marktpreisänderungsrisiken (Risiken aus der Änderung von Zinsen, Währungskursen, Aktienkursen und Rohwarenpreisen)
 - Operationelle Risiken

- Eigenmittel = haftendes Eigenkapital
(davon mindestens 50% Kernkapital
= in der Bilanz ausgewiesenes
Eigenkapital)
+ Drittrangmittel
- Risikopositionen dürfen ein bestimmtes Verhältnis
zum haftenden Eigenkapital bzw. zu den
Drittrangmitteln nicht übersteigen.

➔ Bankenaufsicht führt zur Geschäftsbeschränkung!

- International tätige deutsche Banken werden mit
ausländischen Banken konkurrieren, die mit
Staatsbeteiligungen „hochgerüstet“ wurden.

Ordnungspolitische Bedenken

- Der Staat sollte Unternehmerrolle baldmöglichst aufgeben.
- Der Staat sollte den dritten „Schirm“ der Einlagensicherung baldmöglichst wieder „abbauen“, da der „Schirm“
 - die Banken aus der Verantwortung für die Sicherheit der Einlagen,
 - die Einleger aus der Verantwortung für ihre Geldanlagen entlässt.
 - Die Hilfsmaßnahmen vertragen sich nicht mit unserer Wirtschaftsordnung.

Folgerungen aus der Krise

- Für Banken
 - Überdenken der Geschäftsmodelle
 - „Neue Bescheidenheit“
 - des Managements, hinsichtlich der eigenen finanziellen Zielvorstellungen, auch hinsichtlich der internen Zielvorgaben
 - der Eigentümer
 - der Bankkunden
- für Wirtschaftsprüfer
 - kritischere Prüfungen
- für Ratingagenturen
 - kein Rating bei vorhergehender Beratung
 - Bekanntgabe der Basis des Urteilsbildungsprozesses
 - kritischere, ausreichend umfangreiche Prüfungen

- für die Aufsichtsbehörden
(BaFin und Deutsche Bundesbank)
 - Verbesserung durch Internationalisierung?
 - Drastische Folgerungen aus den Prüfungen,
z.B. Bankenschließung
 - Ausreichende Prüfungsintensität bei großen, systemisch
wichtigen Banken?
 - Einstellungsveränderungen bei den von der Aufsicht
Betroffenen!

Notwendig sind Einstellungsveränderungen bei allen am
Finanzmarkt auftretenden Personen